

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

02.08.2022

Inhalt

EWN

1 Debatte um längere Akw-Laufzeit <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 02.08.2022</i>	3
2 Offener Streit um TÜV-Gutachten <i>Süddeutsche Zeitung, 02.08.2022</i>	4
3 Kumbartzky offen für Wiederanfahen des AKW Brokdorf <i>Welt.de, 01.08.2022</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 02.08.2022 | S. 6

📄 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

Debatte um längere Akw-Laufzeit

MV-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) gibt angesichts drohender Energie-Engpässe im Winter ihr klares Nein zur Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke auf. „In so einer Situation darf es überhaupt keine Denkverbote geben“, sagte sie gestern dem TV-Sender Welt live. Energiesicherheit sei wichtig

für die Bevölkerung und für die Wirtschaft. Eine vorerst unbefristete Fortführung der Atomstrom-Produktion, wie es ihr sächsischer Amtskollege Michael Kretschmer (CDU) fordert, hält Schwesig hingegen nicht für konsensfähig.

Offener Streit um TÜV-Gutachten

Die Organisation weist Vorwürfe zurück, ihre Stellungnahme zur Laufzeitverlängerung von Isar 2 sei ein Gefälligkeitsgutachten

München – Der TÜV Süd hat kategorisch zurückgewiesen, dass er der Staatsregierung ein Auftragsgutachten für eine Laufzeitverlängerung für das Atomkraftwerk Isar 2 und eine Wiederinbetriebnahme der zum Jahreswechsel abgeschalteten Anlage im schwäbischen Gundremmingen geliefert habe. „Wir verwehren uns strikt gegen Vorwürfe, die sich gegen die Neutralität unserer Position und gegen die Qualität unserer Arbeit richten“, heißt es in einer Stellungnahme vom Montag. Das Umweltministerium, das die Aufsicht über die Atomkraftwerke in Bayern inne hat, missbilligte die Vorwürfe ebenfalls. „Der TÜV Süd ist einer der renommiertesten und in Fragen der Kernkraft am besten vertrauten Experten, außerdem ist er bestens mit den bayerischen Kernkraftwerken vertraut“, sagte ein Sprecher. „Einzig aus diesem Grund haben wir den Auftrag für das Gutachten an ihn gegeben.“ Es sei nicht ersichtlich, „woher sich die höhere Expertise einer Hamburger Rechtsanwaltskanzlei in der Kerntechnik ableitet“. Die Bundesregierung dagegen bekräftigte, dass sie starke Zweifel an dem Gutachten habe.

Zuvor hatte die Hamburger Kanzlei des früheren Greenpeace-Spitzenfunktionärs Michael Günther massive Kritik an dem TÜV-Papier geübt, das vom April 2022 datiert. Es handle sich um eine „schlampig argumentierende Auftragsarbeit“ und könne „nicht als seriöse Bewertung anerkannt werden“, heißt es in der Stellungnahme für die Umweltorganisation. Auch ergebe sich der Eindruck, der TÜV lasse geltendes Atomrecht außer Acht. Die Bewertung sei „offenbar für den Einsatz als Waffe in der aktuellen Diskussion um eine Laufzeitverlängerung in der politischen Arena bestimmt“. Die offenkundig kurze Bearbeitungsdauer des TÜVs nähere ebenfalls den Verdacht, „dass hier ein Gefälligkeitsgutachten erstellt worden ist“, schreiben die Anwälte.

Am Wochenende hatten bereits Ministerpräsident Markus Söder und CSU-Generalsekretär Martin Huber, die für eine Laufzeitverlängerung für das AKW Isar 2 bis 2024 eintreten, das Greenpeace-Papier scharf

zurückgewiesen. „Ein von Greenpeace bezahlter Anwalt aus Hamburg will es besser wissen als der TÜV“, sagte Söder. „Das muss man nicht weiter kommentieren.“ CSU-Generalsekretär Huber twitterte: „Greenpeace beauftragt Greenpeace – wirklich genial und natürlich total unabhängig und seriös.“

Der TÜV Süd und die Atomkraft in Bayern sind eng miteinander verwoben. Schon für den Bau der ersten Reaktoren in Bayern, den Forschungsreaktor in München-Garching 1958 und das Versuchsatomkraftwerk im unterfränkischen Kahl am Main 1960 hatte die Staatsregierung den damaligen TÜV als Gutachter hinzugezogen. Die Zusammenarbeit hat sich offenkundig so bewährt, dass der Freistaat seither eine Vielzahl von Verträgen mit dem TÜV-Süd, darunter auch unbefristete Rahmenverträge, über die Aufsicht über den Bau und den Betrieb der Atomkraftwerke in Bayern abgeschlossen hat. So kann man es in einer Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage des damaligen Oppositionsabgeordneten und jetzigen Umweltministers Thorsten Glauber (Freie Wähler) von 2016 nachlesen.

Die große Kompetenz des TÜV Süd, der in Spitzenzeiten bis 300 Atom-Spezialisten beschäftigte, sei nicht nur in Bayern gefragt gewesen, sondern auch in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Hessen. Die Expertise ließ sich der Freistaat viel Geld kosten. Allein in den Jahren 1990 bis 2016 überwies er der Organisation 675 Millionen Euro für die Gutachter- und Überwachungstätigkeiten in den vier bayerischen Atomkraftwerken und im Forschungsreaktor Garching.

Schon in der Vergangenheit hatte es immer wieder Zweifel und Kritik an der Unabhängigkeit des TÜV Süd gegeben. In seinem aktuellen Gutachten für die Staatsregierung kommt die Organisation zu dem Ergebnis, dass ein Weiterbetrieb des Atomkraftwerks Isar 2 und sogar eine Wiederinbetriebnahme des Reaktors in Gundremmingen aus technischer und sicherheitstechnischer Sicht möglich seien. Auf Basis dieses Gutachtens hat der Freistaat seine Bundesratsinitiative für die Laufzeitverlängerung gestartet. Die Bundes-

regierung hegt weiter massive Zweifel an dem Gutachten. „Diese drei Seiten entsprechen nicht den Maßstäben gutachterlicher Arbeit“ erklärte ein Sprecher des Bundesumweltministeriums erst wieder am Montag. „Das ist keine belastbare Grundlage aus unserer Sicht.“ Man habe die Kollegen in Bayern bereits vor Wochen darauf hingewiesen, dass wir die „dortige Sichtweise nicht im Einklang mit höchstrichterlicher Rechtsprechung sehen und den bisherigen Maßstäben der AKW-Sicherheit in Deutschland“.

Umweltminister Glauber hingegen, der lange Atomkraft-Kritiker war, hat sich Söders Sicht zu eigen gemacht. „Wir müssen uns in der jetzigen Krise alle Chancen zur Stromerzeugung offen halten“, sagte er.

„Verantwortung übernehmen heißt, die Restenergie in den Kernkraftwerken für Bürger und Wirtschaft zu nutzen.“ Die drohende Notlage bei der Gas- und damit auch der Stromversorgung mache eine befristete Verlängerung der Laufzeiten um wenige Jahre nötig. „Grundsätzlich gilt: Die Sicherheit von Mensch und Umwelt hat beim Betrieb der bayerischen Kernkraftwerke oberste Priorität“, sagt Glauber. „Es gibt keinen Sicherheitsrabatt bis zum letzten Tag.“

Greenpeace vergab Gutachten an einen ehemaligen Spitzenfunktionär

Umweltminister Glauber schwenkt bei Atomkraft auf Söders Kurs um

Kumbartzky offen für Wiederaufnahmen des AKW Brokdorf

Soll das AKW Brokdorf vor dem Hintergrund der Energiekrise wieder ans Netz? Der designierte FDP-Landeschef Kumbartzky fordert, ein Wiederaufnehmen des Ende 2021 stillgelegten Reaktors zu prüfen. Doch das stößt derzeit auf rechtliche Hürden.

Schleswig-Holsteins designierter FDP-Landesvorsitzender Oliver Kumbartzky hat aufgrund der Energiekrise eine Reaktivierung des AKW Brokdorf ins Spiel gebracht. "Das Wiederaufnehmen von Brokdorf ist eine Option, die man ernsthaft prüfen sollte", sagte Kumbartzky der Deutschen Presse-Agentur. "Der Rückbau ist noch nicht so weit fortgeschritten, als dass ein Wiederaufnehmen unmöglich wäre."

Aus der Landesregierung in Kiel kam prompt Widerspruch: "Die Reaktivierung, das heißt das Wiederaufnehmen abgeschalteter Kernkraftwerke wie zum Beispiel dem Kernkraftwerk Brokdorf, ist derzeit gesetzlich ausgeschlossen", sagte Staatssekretär Joschka Knuth (Grüne) der dpa. Ohnehin wäre für eine Reaktivierung erst eine neue Betriebsgenehmigung auf Antrag des Betreibers erforderlich. Solche Genehmigungen dürfen allerdings nach dem Atomgesetz nicht mehr erteilt werden. "Vor dem Hintergrund einer fehlenden rechtlichen Grundlage wird diese Fragestellung nicht weiter verfolgt", sagte Knuth.

Der Meiler an der Elbe wurde Ende 2021 endgültig abgeschaltet und befindet sich seitdem im Nachbetrieb. Der Reaktor ist entladen, alle Brennelemente befinden sich im so bezeichneten Brennelementlagerbecken. Dem Atomgesetz zufolge ist die Betriebsberechtigung für Brokdorf am 31. Dezember 2021 erloschen.

"Die Sicherung der deutschen und europäischen Energieversorgung darf nicht auf Kante genäht werden", sagte Kumbartzky. Versorgungsreserven seien nötig, deshalb müsse eine Reaktivierung der drei erst Ende 2021 stillgelegten deutschen Kernkraftwerke geprüft werden. Stresstests und Sicherheitsüberprüfungen müssten natürlich erfolgen. "Aber eines ist schon jetzt klar: Gerade Brokdorf galt immer als eines der sichersten und zuverlässigsten Kernkraftwerke weltweit."

Nach Ansicht des derzeitigen Parlamentarischen Geschäftsführers der Landtagsfraktion sollte zudem die Laufzeit der drei noch laufenden AKW bis Frühjahr 2024 verlängert werden. "Es geht hier nicht um einen Ausstieg aus dem Ausstieg, sondern um eine temporäre Weiternutzung", sagte Kumbartzky. Stromproduktion mit Gas passe nicht in die Zeit. "Das von den Grünen vorgebrachte Argument, dass es ein Wärme- und kein Stromproblem gäbe, ist allein schon angesichts der Gasverstromung intellektuell beleidigend." Das von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) geplante Wiederaufnehmen von Braunkohlekraftwerken sei äußerst klimaschädlich.

Kumbartzky hatte nach dem angekündigten Rückzug von Landeschef Heiner Garg bekannt gegeben, dass er auf dem Landesparteitag im November als Landesvorsitzender kandidieren werde.